

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 18 (1926)

Heft: 12

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

band bis zum 15. November unterbreitet; die Pensionskasse wird auf denselben Zeitpunkt geschaffen; ferner wird für das gesamte Personal die «Promesse Comtesse» (Zuschussversicherung bei Unfällen) angewendet. Dem Personal und der Leitung des S. E. V., die im ganzen Konflikt durch korrekte und massvolle Haltung die öffentliche Meinung für sich hatten, können wir zu diesem schönen gewerkschaftlichen Erfolg bestens gratulieren.

Heimarbeiter. Am 7. November fand im Vereinshaus in St. Gallen die gutbesuchte ordentliche *Delegiertenversammlung* des Heimarbeiterverbandes statt. Der Jahresbericht und die Jahresrechnungen für 1924 und 1925 wurden einstimmig genehmigt. Sekretär Keller referierte darauf über die Bestrebungen des Gewerkschaftsbundes für die Zentralisierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen. Der Gedanke fand im allgemeinen gute Aufnahme und es wurde ein Antrag Tobler angenommen, der die dem Heimarbeiterverband angeschlossenen Verbände auffordert, die Frage der Zentralisierung gründlich zu prüfen. Im Anschluss daran beschäftigte sich die Delegiertenversammlung mit der Frage der Fürsorge für die alten, invaliden und in Not geratenen Mitglieder. Es wurde auf verschiedene bestehende Institutionen verwiesen und die damit gemachten Erfahrungen bekanntgegeben. Aus den von den Delegierten dargelegten Fällen trat die Notwendigkeit der Schaffung einer Alters- und Hinterlassenenversicherung mit erschreckender Deutlichkeit hervor.



Aus andern Organisationen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Am 6. und 7. November 1926 fand im Volkshaus in Bern der diesjährige gutbesuchte *Parteitag* der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei statt. Mit Rücksicht auf die wichtigen zur Behandlung stehenden Fragen hatten sich die Delegierten in der stattlichen Zahl von 353 zur Tagung eingefunden; davon entfielen auf die Sektionen 275, während sich die übrigen Mandate auf die Geschäftsleitung, den Parteivorstand, die Nationalratsfraktion usw. verteilten.

Geschäftsbericht und Jahresrechnung pro 1925 wurden genehmigt. Ebenso wurde der Bericht der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion gutgeheissen und es wurde bei diesem Anlass eine Protestresolution gegen die Hetze der bürgerlichen Presse gegen die Wahl des Genossen Grimm zum Nationalratspräsidenten angenommen.

Ein Antrag auf Schaffung eines nebenamtlichen Sekretariats zum Zwecke der vermehrten Propaganda unter den Frauen wurde in dieser Form abgelehnt; dagegen wurde der zu diesem Zwecke bereitgestellte Kredit erhöht. Als Vorort wurde Bern bestätigt; ebenso wurden die bisherigen Mitglieder der Geschäftsleitung, die Sekretäre und die Spezialkommissionen wiedergewählt.

Zum *Getreidemonopol* nahm der Parteitag einstimmig eine Resolution an, die die Arbeiterschaft auffordert, geschlossen für die Verfassungsvorlage einzustehen. Nach Behandlung einiger Anträge der Parteisektionen trat der Parteitag darauf auf die Beratung der *Militärfrage* ein. Hier standen sich eine Mehrheit und eine Minderheit gegenüber; die Mehrheit wollte den Kampf gegen den Militarismus lediglich in bisheriger Weise, aber in verschärfter Form führen, während die Minderheit eine Intensivierung des Kampfes und eine Verbreiterung der Grundlage durch Heranziehung anderer antimilitaristischer Organisationen postulierte.

Leider war am Parteitag eine gründliche und sachliche Aussprache über diese Frage nicht möglich; angenommen wurde schliesslich mit 205 gegen 90 Stimmen der Antrag der Mehrheit des Parteivorstandes.

Genosse *Bratschi* referierte darauf unter der Aufmerksamkeit der Delegierten über das eidgenössische *Besoldungsgesetz*; in einer Resolution wurde die Haltung der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion gebilligt und gegen den Raub des Koalitionsrechtes protestiert.

Es folgte die Debatte über den *Beitritt zur Sozialistischen Arbeiterinternationale*. Grimm vertrat den Standpunkt der Mehrheit des Parteivorstandes (Beitritt mit spezieller Begründung, d. h. mit einer Erklärung, dass die Partei an ihren revolutionären Grundsätzen festhalte). Die Minderheit des Parteivorstandes beantragte den Beitritt ohne Begründung; eine zweite Minderheit wollte von einem Beitritt überhaupt nichts wissen, da sie die bereits der Internationale angeschlossenen Genossen der andern Staaten nicht für würdig hielten, mit ihnen gemeinsam auf internationalem Boden den Kampf für den Sozialismus zu führen. Erwartungsgemäss siegte auch hier die Mehrheit des Parteivorstandes. Mit 249 Stimmen gegen 71 Stimmen wurde der Beitritt beschlossen, wobei der Fassung der Mehrheit des Parteivorstandes mit 190 gegen 101 Stimmen der Vorzug gegeben wurde.

Einstimmig angenommen wurde eine Resolution gegen den Fascismus; eine Tellersammlung zugunsten des Matteottifonds ergab 380 Fr. Zum *Automobilgesetz* wurde infolge vorgerückter Stunde der Beschluss des Parteivorstandes auf Stimmfreigabe als massgebend erklärt.



Volkswirtschaft.

Die Verschlechterung der Konjunktur, die wir in den letzten Monaten feststellten, hat sich im *Oktober* fortgesetzt. Die Zahl der Stellensuchenden stieg um 1375 auf 14,253, während sich die Zahl der Arbeitsgelegenheiten um 545 auf 1352 verminderte. Für jede Stelle mehr als 10 Bewerber! Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele Saisonarbeitslose sich jetzt gar nicht anmelden, weil sie gar keine Aussicht haben, irgendwo Arbeit zu finden.

Auch die Aussenhandelsstatistik zeigt ein unerfreuliches Bild. Zwar ist die Ausfuhr um 14 Millionen Franken höher als im Monat September, die Einfuhr ist sogar um 27 Millionen gestiegen, wobei erfreulicherweise die Einfuhr von Rohstoffen besonders stark zugenommen hat. Aber nicht ein Vergleich mit dem Vormonat, sondern eine Gegenüberstellung mit den Ziffern vom Oktober des letzten Jahres vermittelt uns einen richtigen Begriff davon, wie es mit unserer Wirtschaft steht. Da ergibt sich, dass auch der Oktober, wie die früheren Monate dieses Jahres, auf der ganzen Linie eine Verschlechterung aufweist. Die Lage des Arbeitsmarktes ist wesentlich ungünstiger. Ausfuhr und Einfuhr sind bedeutend geringer als im letzten Jahr.

Dieser pessimistische Eindruck wird auch gestützt durch die Erhebungen, quartalweise vorgenommen, des eidg. Arbeitsamtes über die Lage der Industrie; Erhebungen, die wir nicht als besonders zuverlässig bezeichnen möchten, die aber interessant sind als Stimmungsbild direkt aus der Industrie. Von rund 1700 Betrieben mit 190,000 Arbeitern bezeichnen 63,5 Prozent der Betriebe den Beschäftigungsgrad im dritten Quartal als gut oder befriedigend, 36,5 Prozent als unbefriedigend oder schlecht. Im gleichen Quartal des Vorjahres hatten 70 Prozent der Betriebe guten oder

befriedigenden, 30 Prozent unbefriedigenden Beschäftigungsgrad gemeldet. Die Zahl der Betriebe mit ungünstiger Geschäftslage hat sich also wesentlich vermehrt. Die Verschlechterung kommt noch stärker zum Ausdruck, wenn man die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter berücksichtigt. Während im dritten Quartal 1925 24,9 Prozent der Arbeiter in Betrieben mit unbefriedigendem oder schlechtem Beschäftigungsgrad standen, so waren es im gleichen Zeitraum 1926 34,1 Prozent. Das heisst, dass jetzt auch grössere Betriebe von der ungünstigen Geschäftslage betroffen sind.

Angesichts dieser Ergebnisse der Konjunkturstatistik muss es auffallen, dass die vom eidg. Arbeitsamt herausgegebenen «Sozialistischen Mitteilungen» die schweizerische Wirtschaftslage fortwährend als günstig darzustellen suchen. Jede Verschlechterung ist «saisonmässig» oder «überwiegend saisonmässiger Natur»; jede geringfügige Verbesserung wird besonders hervorgehoben. Diese rosig färbenden Kommentare, die dann auch von der Tagespresse übernommen werden, sind nun schon seit längerer Zeit zu konstatieren, so dass man versucht ist anzunehmen, es stecke System dahinter.

Wir halten es für sehr gefährlich, den Kopf in den Sand zu strecken, um all die typischen Zeichen der Wirtschaftsdpression nicht zu sehen. Denn das führt dazu, aufs Handeln zu verzichten oder erst, nach Abhilfemassnahmen zu suchen, wenn es schon zu spät ist. Soll etwa die günstige Darstellung der Konjunktur dem Bundesrat die Begründung liefern für seine Politik des Abwartens? Vielleicht wird sich Gelegenheit bieten, die Ansicht des Bundesrates zu diesen Fragen etwas näher kennen zu lernen, wenn er die an anderer Stelle dieser Nummer veröffentlichte Eingabe des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für die Vornahme einer Wirtschaftsenquete beantwortet. Wir sind der Meinung, dass wir in den letzten Jahren genug Gelegenheit hatten zu sehen, was die private Initiative kann oder vielmehr nicht kann. Es wäre an der Zeit, andere Wege einzuschlagen, Wege, die übrigens keine Experimente bedeuten, da sie auch in andern Ländern beschritten werden und zum Teil schon Früchte getragen haben.

Steigende Arbeitslosigkeit verzeichnet auch die Arbeitslosenstatistik, die auf Grund der Angaben der Arbeitslosenversicherungskassen vom eidg. Arbeitsamt aufgestellt wird. Es wurden im September 67 Kassen mit insgesamt 163,448 Mitgliedern erfasst. Davon waren Ende September 1926 2,8 Prozent gänzlich und 4,5 Prozent teilweise arbeitslos. Der Prozentsatz der gänzlich Arbeitslosen hatte im März dieses Jahres 2,7 und im Juni nur 2,4 betragen. Besonders stark ist die Zunahme der teilweise Arbeitslosen. Diese machten im März 2,7, im Juni 3,7 und im September 4,5 Prozent aller Kassenmitglieder aus. Bei Einsetzen des Winters waren also schon 7,3 Prozent aller bei diesen 67 Kassen Versicherten ganz oder teilweise von der Arbeitslosigkeit betroffen. Ein Vergleich mit dem Vorjahre ist nicht möglich, da diese Erhebungen erst seit dem letzten Frühjahr gemacht werden.

Nach Berufsgruppen verteilt waren *gänzlich arbeitslos* auf je 100 Mitglieder:

	März	Juni	Sept.
Bekleidungs- und Lederarbeiter	0,9	0,0	0,0
Bau- und Holzarbeiter	3,8	1,6	2,3
Textilarbeiter	6,6	7,8	8,1
Graphische Arbeiter	2,4	2,9	4,6
Metall- und Uhrenarbeiter	1,5	1,9	1,1
Handelsangestellte	1,6	1,0	1,4
Verschiedene Berufe	2,3	1,8	2,5
Total	2,7	2,4	2,8

Am meisten zugenommen hat die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe; bei den Metall- und Uhrenarbeitern ist sie etwas zurückgegangen.

Der Prozentsatz der *teilweise Arbeitslosen* betrug:

	März	Juni	Sept.
Bekleidungs- und Lederarbeiter	1,8	0,8	5,8
Bau- und Holzarbeiter	0,1	0,3	0,7
Textilarbeiter	7,7	8,0	7,9
Graphische Arbeiter	0,2	0,2	0,1
Metall- und Uhrenarbeiter	4,1	6,1	6,9
Handelsangestellte	0,0	0,0	0,0
Verschiedene Berufe	2,4	4,1	5,6
Total	2,7	3,7	4,5

Hier zeigt sich eine sehr starke Zunahme bei den Bekleidungs- und Lederarbeitern; auch bei den Metallarbeitern ist die Teilarbeitslosigkeit gestiegen. Am schlimmsten ist die Lage der Textilarbeiter, die den grössten Prozentsatz sowohl der ganz wie der teilweise Arbeitslosen aufweisen; die Zahl der ersteren ist sogar gestiegen. Das steht in scharfem Kontrast mit der Behauptung des eidgenössischen Arbeitsamtes von einer «Besserung der Lage» in der Textilindustrie, die im gleichen Heft 10 der «Sozialistischen Mitteilungen» enthalten ist wie die obigen Zahlen. Wir verweisen auf die Bemerkungen in unserer Notiz über die Konjunktur. In allerneuester Zeit hat sich die Lage eher verschlimmert; es sei nur hingewiesen auf die Krise in der Kunstseidenfabrik Borvisk in Steckborn, die nicht nur auf innere Schwierigkeiten dieser Unternehmung zurückzuführen ist.

Der Zinssuss steigt wieder! Auf Antrag des Verbandes schweiz. Lokalbänken, Spar- und Leihkassen fand am 16. November im Schosse der Schweiz. Bankiervereinigung eine Aussprache über die in den letzten Monaten eingetretene Versteifung des Kapitalmarktes statt. Es wurde beschlossen, eine Mitteilung an die Banken zu erlassen. Darin wird gesagt, die Vertreter des Verbandes schweiz. Lokalbänken, Spar- und Leihkassen sowie des Kantonalbankenverbandes hätten darauf aufmerksam gemacht, «dass der bisherige Zinssuss für Kassenobligationen von im allgemeinen 4% % wenn irgend möglich nicht erhöht werden sollte, sofern eine Verteuerung des Hypothekarkredits und daran anschliessend eine unerwünschte Kritik des beteiligten Publikums vermieden werden soll.» Sie glauben, dies sei möglich, sofern bei der Verwendung der Anlagegelder «auf die legitimen Bedürfnisse der schweizerischen Volkswirtschaft Rücksicht genommen und hierbei von allen Banken eine gewisse Solidarität gewahrt wird».

Es ist naiv, wenn heute von den legitimen Bedürfnissen der schweizerischen Volkswirtschaft und der Solidarität der Banken gesprochen wird, wo sich ein paar Grossbanken fortwährend zu übertrumpfen suchen im Kapitalexpert. Hunderte von Millionen Fr. sind in diesem Jahre schon in 7- und 8prozentigen Auslandanleihen angelegt worden. Jetzt ist der inländische Kapitalmarkt einigermaßen ausgepumpt; die Kapitalisten haben sich an hohe Zinssätze gewöhnt. Die Folgen werden nun im Inland spürbar. Das Sinken des Zinssusses hat seit einem Jahr aufgehört, und in letzter Zeit macht sich eine steigende Tendenz bemerkbar. Diese Bewegung droht, sich nach einiger Zeit auf den Hypothekarzinssuss zu übertragen.

Und da glaubt die Bankiervereinigung, mit einem Appell an die Banken diese Bewegung aufhalten zu können? Sie hat ja nicht einmal den Mut, die wahre Ursache der Zinssusssteigerung zu nennen. Die Banken wollen einfach im voraus ihre Hände in reiner Unsuld waschen. Sie haben ihr «möglichstes» getan. Sie haben eine Mitteilung erlassen gegen die Erhöhung

des Zinsfusses! Aber da durch den Kapitalexport der Grossbanken eine Kapitalknappheit erzeugt wurde, so werden sich die Kantonalbanken und andern Hypothekarinstitute, besonders die kleinen, gar nicht an die Mitteilung halten können, und die Bauern werden wählen müssen: teures Kapital oder gar keines.

Es ist die alte Geschichte: Die Kapitalisten sorgen für die legitimen Bedürfnisse der schweizerischen Volkswirtschaft, solange das ihnen genug Profit einträgt. Ist das nicht der Fall, so geht eben der Profit dem Vaterland vor.

Zur landwirtschaftlichen Preispolitik. In der Oktober-Nummer der «Rundschau» haben wir an den schweizerischen Bauernsekretär folgende Frage gestellt: Wenn die Schweizer Bauern beim gegenwärtigen Milchpreis sicher verarmen, wieso ist es dann den Bauern anderer Länder bei einem 10 bis 50 Prozent niedrigeren Milchpreis möglich, zu existieren?

Darauf antwortet Herr Dr. Laur in der November-Nummer der «Schweiz. Bauernzeitung»:

«Einmal klagen die Bauern auch in den andern Ländern darüber, dass die Preise ihrer Erzeugnisse den Produktionskosten nicht entsprechen. Sodann haben viele Landwirte im Ausland infolge der Inflation ihre Schulden abzahlen können, und in den Ländern mit entwerteter Valuta können sie die verbleibende Schuld heute mit entwertetem Gelde verzinsen und bezahlen. Dasselbe gilt für die Steuern. Endlich stehen im Ausland in den Ländern mit den tiefsten Milchpreisen die Löhne der Arbeiter viel niedriger, und zwar sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie. Damit hängt zusammen, dass der Landwirt auch seine Bedarfsartikel billiger erhält.»

Diese Antwort befriedigt uns nicht. Nach der Statistik Dr. Laurs haben auch Länder wie Dänemark, Holland, Schweden wesentlich niedrigere Milchpreise als die Schweiz, trotzdem dort keine oder doch nur (wie bei uns auch) eine vorübergehende Entwertung der Währung eingetreten ist und trotzdem dort die Arbeitslöhne in Landwirtschaft und Industrie nicht tiefer, sondern höher stehen als in der Schweiz. Nehmen wir z. B. Dänemark, ein Land mit ähnlichen äusseren Produktionsbedingungen der Landwirtschaft, wie sie bei uns bestehen. Der Milchpreis ist in Dänemark um 25 Prozent niedriger als in der Schweiz, nach dem letzten Preisabschlag. Dass dem so ist, geht ja auch daraus hervor, dass der Schweiz. Bauernverband gern die Einfuhr dänischer Butter verhindern würde, die trotz dem Transport nach der Schweiz billiger (und auch besser) ist als unsere einheimische. Die Valuta Dänemarks steht ungefähr auf pari mit dem Dollar; die dänischen Bauern können also nicht mit entwertetem Gelde zinsen und steuern. Die Arbeitslöhne in der dänischen Landwirtschaft sind, wie uns jemand versichert, der vor kurzem noch in Dänemark als landwirtschaftlicher Arbeiter tätig war, höher und die Arbeitszeit ist bedeutend kürzer als auf schweizerischen Bauerngütern. Dennoch glauben wir nicht, dass die Bauern in Dänemark verarmen; sie sind vielleicht besser dran als unsere Landwirte. Kann uns Herr Dr. Laur erklären, wieso das möglich ist?

Wir sind sehr mit ihm einverstanden, «dass nicht die absolute Höhe der Preise, sondern die Relation zwischen Preis und Kosten massgebend ist». Wir sind ja schon lange der Meinung, dass die Politik des Schweiz. Bauernverbandes viel zu sehr darauf ausgeht, die absolute Höhe der Preise zu beeinflussen, statt das Verhältnis zwischen Preis und Kosten. Wenn er alle die Mittel und Kräfte, die er für die Erhöhung der absoluten Preise eingesetzt hat, darauf verwendet hätte, die Produktionskosten der schweizerischen Landwirtschaft zu senken, so wäre diese viel weiter gekommen. Viel-

leicht hat in Dänemark gerade der hohe Arbeitslohn die Bauern veranlasst, durch Einsparung menschlicher Arbeitskraft die Produktion zu verbilligen, wie das in Amerika in der Industrie geschehen ist.

Könnte sich der Schweiz. Bauernverband nicht dazu entschliessen, einmal die Lage der schweizerischen Landwirtschaft objektiv prüfen zu lassen, nicht nur durch seine eigenen Organe, sondern unter Zuziehung anderer Wirtschaftskreise? Denn nicht nur die Bauern, sondern alle Volkskreise haben ein Interesse daran, dass die Landwirtschaft gedeiht und gefördert wird, dass dies aber nicht auf Kosten anderer notwendiger Zweige der Volkswirtschaft geschieht. Die landwirtschaftliche Politik ist heute in unserm Lande in einer bestimmten Richtung derart festgerannt, dass die direkt Beteiligten gar keinen andern Weg mehr sehen. Darum wäre es gut, wenn diese Fragen einmal von einer Warte mit einem etwas weitem Horizont betrachtet werden könnten, wodurch sicher zu ihrer Klärung viel beigetragen würde.

Die schweizerische statistische Gesellschaft hatte für ihre diesjährige Generalversammlung ein Programm aufgestellt, das fast zu reichhaltig war, um richtig geistig verdaut werden zu können. Schon das erste Thema, «*Das schweizerische Volkseinkommen, seine Quellen und seine Bedeutung*», hätte genügt, um die Tagung ganz auszufüllen. Das Referat von Dr. Reichlin, Sekretär des Arbeitgeberverbandes Schweiz. Maschinenindustrieller, war auch so weit gespannt, dass es besser in mehrere Referate über Teilgebiete gegliedert worden wäre. Nach der produktionsstatistischen Methode berechnete der Referent ein Volkseinkommen von *5230 Millionen Franken*; auf Grund der Berechnung nach dem Personaleinkommen der Erwerbstätigen kam er zu einer Summe von *5700 Millionen*. Bei seinen Berechnungen, gerade bei den wichtigsten, musste er fast ausschliesslich auf Schätzungen abstellen, die teilweise auch als Schätzungen sehr anfechtbar sind. Der Korreferent, Dr. Mori, Statistiker der Schweiz. Volksbank, berechnete das Volkseinkommen als Summe der Einzeleinkommen. Das Gesamteinkommen aus *Erwerb* schätzte er auf *4630 Millionen Franken*, dasjenige aus *Kapitalbesitz* auf *1575 Millionen Franken*, zusammen also ein Volkseinkommen von etwas über *6 Milliarden*.

Ein Referat von Dr. R. Schwarzmann, von der Oberzolldirektion, über «*Die schweizerische Wirtschaftslage im Lichte der Handelsstatistik*» zeigte an Hand von überreichem Zahlenmaterial die Umstellung im Welthandel, die seit dem Kriege eingetreten ist. Auch für die Schweiz macht sich das bemerkbar. Ihr Anteil am Weltexport ist von 1,44 auf 1,31 Prozent zurückgegangen, und ihre Ausfuhr wendet sich in vermehrtem Masse aussereuropäischen Ländern zu. Schliesslich sprach noch Direktor Stucki, von der Handelsabteilung des eidg. Volkswirtschaftsdepartements, über die «*Schweizerische Handelspolitik*». Dieser Vortrag stellte in der Hauptsache einen Versuch zur Rechtfertigung der gegenwärtigen Handels-, vor allem der Zollpolitik der Schweiz dar. Irgendwelche neue Gesichtspunkte wurden dabei nicht zutage gefördert.

Für zukünftige Tagungen der statistischen Gesellschaft ist zu wünschen, dass die Themata enger gefasst werden oder dass ein Fragenkomplex von mehreren Referenten und von verschiedenen Seiten beleuchtet wird. Ferner sollten den Teilnehmern Thesen zu den Vorträgen schriftlich bekanntgegeben werden, damit nachher eine Diskussion möglich ist. Denn wenn keine Aussprache stattfinden kann, so ist es nutzbringender, die Referate nachher in der «Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft» zu lesen, und die Tagung wird überflüssig.

Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1925. Der vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins erstattete Bericht über Handel und Industrie der Schweiz ist für das Jahr 1925 im stattlichen Umfang von 371 Seiten erschienen.

Eingangs finden sich die jährlich wiederkehrenden Angaben über Bodenfläche, Bevölkerungsverhältnisse, Berufsverhältnisse usw. in statistischen Tabellen dargestellt. Ebenso finden sich Angaben über die verschiedenen Zweige der schweizerischen Volkswirtschaft.

Der Endrohertrag der landwirtschaftlichen Produktion wird mit 1509 Millionen Franken gegen 1504 Millionen Franken im Vorjahre angegeben. Die Zahl der Eintragungen im Handelsregister hat sich vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1925 von 82,610 auf 83,880 erhöht. Ueber Lohngestaltung und Lage des Arbeitsmarktes orientieren die aus den « Sozialstatistischen Mitteilungen » bekannten Angaben, ebenso über die Kosten der Lebenshaltung. Weitere Tabellen sind dem Bankwesen und dem Versicherungswesen gewidmet.

Aktiengesellschaften haben zu Beginn des Jahres 8670 bestanden mit einem Nominalkapital von 5,610,617,000 Fr.; Ende des Jahres bestanden 9283 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von 5,759,358,000 Franken. Ueber Dividendenausschüttungen liegen von 1883 Gesellschaften Angaben vor, die über 4456,2 Millionen Franken dividendenberechtigtes Kapital verfügen; es wurden von ihnen 261,3 Millionen Franken Dividenden ausbezahlt. Dividendenlose Gesellschaften sind von den 1883 Gesellschaften 851, dividendenverteilende 1032.

Weitere Tabellen geben Aufschluss über die finanziellen Ergebnisse einer Anzahl industrieller Unternehmungen sowie über die Ergebnisse einzelner Industriegruppen. Danach wiesen die Elektrizitätswerke, die Metall- und Automobilindustrie, die Nahrungsmittelindustrie und die Chemie und Elektrometallurgie die beste Rendite auf. Im Anschluss daran finden sich Angaben über die Ergebnisse des Eisenbahn- und Dampfschiffbetriebes und des Post-, Telegraph- und Telefonverkehrs. Auch dem Aussenhandel sind umfangreiche statistische Tabellen gewidmet.

In den anschliessenden Abschnitten wird über die Lage und die Entwicklung der einzelnen Industriezweige Bericht erstattet. Berichte über das kaufmännische, das gewerbliche und industrielle Bildungswesen und ein umfassendes Literaturverzeichnis vervollständigen den aufschlussreichen Bericht.



Sozialpolitik.

Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt. Die erste Delegiertenversammlung der internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt hat vom 22. bis 24. September 1926 unter dem Vorsitz von alt Kanzler Dr. Renner in *Montreux* stattgefunden. 17 Länder hatten sich vertreten lassen; davon hatten zehn neben den Delegierten der nationalen Organisationen auch Vertreter der Regierung entsandt.

Es wurden über die folgenden Fragen Berichte vorgelegt: rechtlicher Schutz der Privatgestellten, Unfallverhütung, Kreditkontrolle als Massnahme zur Verhütung periodischer Arbeitslosenkrisen, Rechtspflege der ausländischen Arbeiter, internationale Gegenseitigkeit in der Sozialversicherung, Kosten der Sozialgesetzgebung.

Im Anschluss an die gepflegte Diskussion nahm die Versammlung verschiedene Resolutionen an. Die eine zugunsten des *Angestelltenschutzes* umfasst sechs

Punkte: Die Uebereinkommen und Empfehlungen der internationalen Arbeitskonferenzen betreffend die Arbeitszeit, den wöchentlichen Ruhetag und den Schutz der weiblichen Angestellten sind Gegenstand des ersten Punktes. Punkt zwei befasst sich mit den hinsichtlich nationaler und internationaler Regelung wünschenswerten Fragen: Klausel betreffend die Nichtkonkurrenzierung, Ferien, Lohnzahlung, Erfinderschutz usw. Die andern vier Punkte beziehen sich auf Bessergestaltung der Arbeitsverhältnisse, Tätigkeit der nationalen Organisationen und gemeinschaftlich mit dem internationalen Arbeitsamt durchzuführende Erhebungen.

Die übrigen Resolutionen sind den folgenden Fragen gewidmet: Anerkennung der von den Arbeitnehmern in der Sozialversicherung erworbenen Rechte durch andere Staaten; Kosten der Sozialversicherung; internationale Kreditkontrolle; Ausführung öffentlicher Arbeiten und Arbeitslosigkeit.

Die Versammlung gab ferner dem Willen zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt Ausdruck und forderte die nationalen Verbände durch eine Entschliessung auf, nachdrücklich für die Ratifikation der internationalen Uebereinkommen einzutreten. Der belgischen Regierung wurden die Glückwünsche der Versammlung zur vorbehaltlosen Ratifikation des Abkommens über den Achtstundentag übermittelt.

Für das Programm der internationalen Vereinigung pro 1926/27 wurden die folgenden Fragen in Aussicht genommen: Rechtslage der ausländischen Arbeiter, Mutterschaftsversicherung und Sozialfürsorge, wegleitende Grundsätze für die Arbeitslosenversicherung.



Notizen.

Die Gewerkschaften als Bahnbrecher des wirtschaftlichen Fortschritts. Der Artikel, der unter diesem Titel in der Oktober-Nummer der « Rundschau » erschien, hat das Missfallen der Unternehmerpresse erregt. Im « Hoch- und Tiefbau », dem Organ des Schweiz. Baumeisterverbandes, entgegnet ein o-Korrespondent, « dass alle grossen Errungenschaften von bleibendem Wert das Werk gemeinsamer Anstrengungen aller Gutgesinnten in Staat und Wirtschaft waren », während er nicht einzusehen vermöge, dass die Arbeiterschaft von den Streiks je einen nennenswerten Gewinn haben könnte. Zu den « Gutgesinnten » zählt er wohl auch oder gar in erster Linie die Unternehmer, die gewaltige Anstrengungen machten und heute noch machen, um der Arbeiterschaft grosse Errungenschaften von bleibendem Wert, wie den Achtstundentag, die Sozialversicherung, Ferien, hohe Löhne usw., zukommen zu lassen.

Sonderbar ist nur, dass die Unternehmer ihre gute Gesinnung fast immer erst dann entdecken, wenn die Gewerkschaften mächtig genug sind, um die Unternehmer zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen. Sonderbar ist ferner, dass, sobald die Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Organisationen vernachlässigen, die Unternehmer ihre gute Gesinnung wieder vergessen und die Arbeitszeit verlängern, die Löhne kürzen, die Sozialversicherung sabotieren. Vielleicht können Sie uns für diese seltsamen Parallelerscheinungen eine Erklärung geben, Herr o?

« Dass die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ganz unabhängig von allen gewerkschaftlichen Einflüssen eine vorteilhaftere sein kann, zeigt das amerikanische Beispiel », schreibt er. Aber auch da ist es sonderbar, dass jene amerikanischen Arbeiter, die sehr gut organi-